

# Ein Kobold geht um

Text: Bruno Leipold

Illustration: Zane Zlemeša



Die bürgerliche Republik ist ein Fortschritt, aber nicht das Ende des Fortschritts.

👉 Das *Kommunistische Manifest* ist einer der meistübersetzten Texte der Welt. Der berühmte erste Satz, »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus«, wird im Englischen normalerweise als »A spectre is haunting Europe – the spectre of Communism« übersetzt. Die erste englische Übersetzung wählte jedoch andere Worte. Da hieß es nämlich: »A frightful hobgoblin stalks throughout Europe. We are haunted by a ghost, the ghost of Communism.«

Die Übersetzung mit dem »frightful hobgoblin«, also dem schrecklichen Kobold, erschien 1850 in der Londoner Zeitung *The Red Republican*. Ihr Name markierte das Zusammenkommen zweier progressiver Strömungen: Die bis dahin dominante revolutionäre Tradition des Republikanismus verband sich mit den neuen sozialistischen und kommunistischen Bewegungen. Seit der Französischen Revolution von 1789 stand der Republikanismus für Volkssouveränität, Demokratie und Freiheit. Republikaner glaubten, dass Bürger erst dann frei sein würden, wenn sie die Herrschaft der Könige und Aristokraten stürzen, die Gesetze selbst formulieren und die Politik selbst gestalten könnten.

Damit hoben sie sich nicht nur von den zeitgenössischen Liberalen ab, die im 19. Jahrhundert die Demokratie entschieden ablehnten, sondern auch von den frühen Strömungen des Sozialismus und Kommunismus. Diese waren fast ohne Ausnahme antipolitisch und antidemokratisch eingestellt – in einem Ausmaß, das aus moderner Sicht schwer zu verstehen ist. Sie hatten entweder kein Interesse an politischem Engagement oder richteten sich sogar explizit gegen das allgemeine Wahlrecht und eine demokratische Republik. Der *Red Republican* war

Bruno Leipold

Teil einer wachsenden Bewegung, die versuchte, diese antipolitischen Elemente abzuwerfen und den Sozialismus mit dem Republikanismus zu fusionieren.

Es war kein Zufall, dass Marx und Engels sich für den *Red Republican* entschieden, um ihre Ideen in der englischen Arbeiterklasse zu verbreiten. Sie arbeiteten federführend an der sozial-republikanischen Fusion und verteidigten diese auch im *Kommunistischen Manifest*: Die »Erkämpfung der Demokratie« sei die erste Voraussetzung für jegliche soziale Emanzipation. Dies war eine revolutionäre Position auf einem Kontinent, der von absolutistischen und schein-konstitutionellen Regimen dominiert wurde. Marx und Engels kritisierten gleichzeitig andere sozialistische Strömungen, die »den Repräsentativstaat, [...] bürgerliche Preßfreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit« kleinredeten und sich »mit Erbitterung aller politischen Bewegung der Arbeiter entgegen« stellten. Mit ihrem lebenslangen politischen Engagement trugen Marx und Engels maßgeblich dazu bei, den Sozialismus in eine demokratische Richtung zu weisen. Die Schaffung dieses republikanischen Sozialismus ist einer ihrer wichtigsten (und meist übersehenen) Beiträge.

Das republikanische Erbe von Marx und Engels zeigt sich auch darin, was sie an politischen Einrichtungen für nötig ansahen, um die Gesellschaft sozial umzuwandeln zu können. Diese Phase ist bei Marx berüchtigterweise (und irreführenderweise) mit der Formulierung »Diktatur des Proletariats« verbunden. Marx benutzte sie jedoch weit weniger, als man aufgrund ihrer dogmatischen Verwendung bei vielen seiner Nachfolger vermuten könnte. Ähnlich häufig spricht Marx von der »Roten Republik«, der »Republik der Arbeit« oder der »sozialen Republik«.

Marx' Vorstellung von der sozialen Republik war geprägt von der Pariser Kommune, dem Aufstand von 1871, in dem die Arbeiterinnen und Arbeiter kurzzeitig die Stadt eroberten und ein radikaldemokratisches Experiment einleiteten. Aus seiner Sicht verschafften die Kommunardinnen und Kommunarden »der Republik die Grundlage wirklich demokratischer Einrichtungen«.

Die Vorstellung der sozialen Republik beinhaltet viele der demokratischen Institutionen, die heutzutage als selbstverständlich gelten, wie das allgemeine Wahlrecht und Bürgerrechte. Sie umfasst aber auch Strukturen, die in der republikanischen Tradition einst gang und gäbe waren, heute jedoch als populistisch verurteilt werden, wenn man sie denn überhaupt diskutiert. Dazu gehören Maßnahmen, um Abgeordnete stärker an ihre Wählerinnen und Wähler zu binden. Etwa dürften sie für ihre politische Tätigkeit nicht viel mehr verdienen als einen Durchschnittslohn, da hohe Gehälter die Abgeord-

neten tendenziell von der Lebensrealität der einfachen Bevölkerung entfremden.

Auch sollten Wahlen häufiger als gewohnt stattfinden, zum Beispiel einmal im Jahr, sodass sich die Vertreterinnen und Vertreter dauerhaft um den Wählerwillen bemühen müssten. Demselben Zweck, die Gewählten an ihre Wahlversprechen zu binden, dient noch ein weiteres, noch radikaleres Instrument. So hätten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, den Abgeordneten ihre Stimme jederzeit wieder zu entziehen, wenn diese dem als bindend verstandenen Wählerauftrag zuwiderhandeln. Das sogenannte imperative Mandat ist im »demokratischen« Grundgesetz explizit verboten.

Diese strenge demokratische Rechenschaftspflicht würde in der sozialen Republik nicht nur die politische Vertretung, sondern auch die öffentliche Verwaltung betreffen. Die Beamten, denen zwar große Macht zuteilwird, die sich in der bürgerlichen Republik aber keinen demokratischen Wahlen stellen müssen, wären in der sozialen Republik ebenfalls gewählt und absetzbar. Auf diese Weise würden auch die Bürokratie, die Polizei, das Militär und die Gerichte demokratisiert. Der sozialen Republik liegt der Gedanke zugrunde, dass man wirklich demokratische Strukturen braucht, um die Gesellschaft wirksam im Sinne der arbeitenden Mehrheit zu verändern.

Unsere modernen demokratischen Strukturen sind natürlich ein massiver Fortschritt gegenüber ihren despotischen Vorläufern (was Marx auch immer betonte). Aber sie entstanden auch deshalb in dieser Form, um weiteren sozialen und demokratischen Wandel zu bremsen oder ganz zu blockieren. Abgeordnete, die zwar gewählt, aber mit freiem Mandat ausgestattet sind, besitzen einerseits demokratische Legitimität, andererseits aber auch die nötige Unabhängigkeit, um Forderungen des Volkes nach sozialen Verbesserungen zu widerstehen. Und ein von demokratischen Verfahren abgeschirmter Beamten- und Militäraparappat dient nicht zuletzt dazu, im Zweifel den politischen Ambitionen gewählter Linksregierungen einen Riegel vorzuschieben. Spätestens bei den Eigentumsverhältnissen hört die Demokratie im bürgerlichen Staat auf. Die soziale Emanzipation braucht eine soziale Republik.

7

**Bruno Leipold** ist politischer Theoretiker am New Institute in Hamburg. Sein Buch *Citizen Marx* erscheint 2024 bei Princeton University Press.